

Stadt Neuenbürg

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des **Gemeinderats**

am **14. November 2017**

Beginn: **18.34 Uhr**; Ende: **20.55 Uhr**

im:

Sitzungssaal des Rathauses

Vorsitzender:

Bürgermeister Horst Martin

Zahl der anwesenden Mitglieder:

21 (Normalzahl **23** Mitglieder)

Abwesend:

Stadtrat Kreis (entschuldigt)
Stadtrat Pfeiffer (anwesend ab TOP 6, 19.40 Uhr)

Schriftführerin:

Stadtkämmerin Häußermann

Sonstige Verhandlungsteilnehmer:

Dipl.-Ing. Knobelspies
Bau-Ing. Kraft
Ortsvorsteherin Dietz (anwesend ab 19.40 Uhr)

Zuhörer:

28

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende fest, dass

- 1.) zu der Sitzung durch Schreiben vom **06.11.2017** ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
- 2.) die Tagesordnung am **09.11.2017** bekannt gemacht worden ist;
- 3.) der Gemeinderat beschlussfähig ist, weil **21** Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

Zur Beurkundung

Vorsitzender:


Horst Martin

Gemeinderat:




Schriftführerin:


Häußermann

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderats	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 239
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 21, abwesend: 2 Mitglieder StR Kreis, StR Pfeiffer	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 1

Bürgerfrageviertelstunde

Antrag Grüne Liste Neuenbürg vom 17.10.2017

Herr Michael Trauthwein, Hessestr. 38, meldet sich zu Wort und möchte wissen, ob er bei TOP 8, Antrag der Grünen Liste Neuenbürg auf Diskussion über das Schreiben des Bürgerforums vom 31.07.2017, ein Mitspracherecht während der Sitzung erhalten könnte. Er sieht hier Vorteile für den Gemeinderat und den Bürgermeister, da er die Anliegen der Bürger klarer darstellen könnte. § 33 Abs. 4 der GemO würde dies zulassen. In der Bürgerfrageviertelstunde wäre keine Diskussion möglich, nur eine Fragestellung.

Herr Bürgermeister Martin erwidert, dass bei TOP 8 der Gemeinderat darüber entscheiden muss, ob Herr Trauthwein bzw. eine andere Person ein Rederecht erhält. Dies wäre dann ein Antrag zur Geschäftsordnung. Er fragt Hr. Trauthwein vorsorglich, ob er schon jetzt etwas sagen möchte, da ja noch nicht entschieden sei, ob er tatsächlich ein solches Rederecht vom Gemeinderat erhalten würde.

Herr Trauthwein hat jedoch keine weiteren Fragen.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 240
öffentliche Verhandlung des	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
Gemeinderats	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 21, abwesend: 2 Mitglieder StR Kreis, StR Pfeiffer	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 2

Gewerbegebiet Dennach "Im Haag" - Vorstellung der Planungsleistungen zur Erschließung und Beschluss zum weiteren Vorgehen

Drucksache Nr. 133/2017

Der Gemeinderat hat am 15.11.2016 die Vergabe der Planung an Weber-Ing. beschlossen. Zwischenzeitlich konnte bereits eine Vorplanung ausgearbeitet werden. Dem TUA soll nun der Stand der Planung und das weiter Vorgehen der Erschließung erläutert werden.

Es wurde seinerzeit beschlossen, zunächst die grundsätzliche Erschließung zu planen und die Randbedingungen (Abbiegespur) abzustimmen, die Kosten hieraus zu ermitteln und dann diese einer tatsächlichen Umsetzung gegenüberstellen – ob eine Umsetzung der Erschließung auch realisierbar/wirtschaftlich ist.

Aufgrund der erforderlichen Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe, welches die Planungshoheit für die Landesstraße besitzt und mit welchem es die dort (zwingend) erforderliche Abbiegespur und die techn. Rahmenbedingungen abzustimmen gilt, hatte sich die Planung etwas nach hinten gezogen.

Die anfallenden Erschließungskosten werden – vertragsgemäß – auf die dort bereits ansässigen Gewerbebetriebe entsprechend dem KAG umgelegt.

Somit würde sich ein (erster, grober) Gesamt-Erschließungsaufwand von bis zu 763.000,- Euro brutto inkl. Nebenleistungen ergeben.

Somit ergäbe sich ein umlegbarer Kostenaufwand (für eine Fläche von rd. 2,0 ha) von vorläufig ca. 25,- Euro / qm Grundstücksfläche für die Verkehrswegerschließung.

Die Versorgungserschließung wurde bereits begonnen über (satzungsgemäße) Ver- und Entsorgungs-Beiträge abzurechnen und wird auch so fortgeführt – hier kämen nochmals rd. 10,- Euro / qm Nutzfläche auf die Grundstückseigentümer hinzu.

Für die städtischen Grundstücke würde eine innere Verrechnung der Verkehrserschließung erfolgen.

Die Planung sowie die Gesamtkosten für die Erschließung werden im Anhang dargestellt.

Auslöser der kürzeren Vergangenheit, für die Fortführung der Planungsleistung, war die Anfrage eines Grundstücksinteressenten, der sich jedoch seither nicht mehr zu einem weiteren Erwerb geäußert hatte.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 241
öffentliche Verhandlung des	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
Gemeinderats	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 21, abwesend: 2 Mitglieder StR Kreis, StR Pfeiffer	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

Damals entschied sich das Gremium dafür, die erforderliche Planung für die Erschließung im Gewerbegebiet „Im Haag“ in Dennach voranzutreiben, unabhängig von der aktuellen Kaufanfrage. Vorausgegangen war auch die Bitte des Ortschaftsrates, die schon lange vorliegende Planung für das GE Dennach nun umzusetzen.

Herr Bürgermeister Martin erläutert den Sachverhalt. Er gibt bekannt, dass bereits eine ausführliche Vorberatung im heutigen TUA stattgefunden und dieser der Umsetzung der Maßnahme zugestimmt hat. Das Gremium hat sich für Variante 2 mit einer getrennten Oberflächenentwässerung mit Gesamtkosten von 763.000 € ausgesprochen und schlägt dem Gemeinderat einstimmig vor, diese Variante durchzuführen.

Auf Nachfrage von Herrn Bürgermeister Martin, ob ein weiterer Sachvortrag seitens der Weber-Ing. gewünscht wird, erfolgt keine Reaktion seitens des Gremiums. Konsens ist, dass das Verfahren möglichst schnell angegangen werden soll.

Es ergeht der

einstimmige Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Verfahren mit Variante 2 mit Gesamtkosten in Höhe von 763.000 € anzugehen.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 242
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
öffentliche Verhandlung des	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 21, abwesend: 2 Mitglieder StR Kreis, StR Pfeiffer	
Gemeinderats	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 3

Sanierung der Albert-Schweitzer-Str. - Vorstellung Planung, Variantenentscheid, Festsetzung Umfang Sanierungsbereich und Vergabe der Planungsleistungen

Drucksache Nr. 134/2017

In der Sitzung des Gemeinderats vom 26.07.2017 wurde der Sachstand zu einer möglichen Sanierung der Albert-Schweitzer-Str. erläutert und im Ergebnis hieraus die Vergabe der Planungsleistung an das Büro Kirn Ingenieure beschlossen.

In der Sitzung des Technischen- und Umweltausschuss vom 19.09.2017 wurde bereits die Planung der Sanierung der Albert-Schweitzer-Str. erläutert.

Es wurden Planungsvarianten ausgearbeitet und die notwendigen Leitungserneuerungen geprüft.

Der fortgeführte Sachstand der Planung soll am Sitzungsabend vom beauftragten Planungsbüro erläutert werden.

Der entsprechende Aufwand ist in beigefügten Kostenschätzungen dargestellt. Diese berücksichtigen noch keine Breitbandverlegung (FttB) – die jedoch vermutlich wieder über die NetzeBW verlegt wird und eine Abwicklung über den ZV BB Enzkreis erfolgt (zwecks Förderung) und somit von der eigentlichen Maßnahme losgelöst zu betrachten ist.

Es soll nun entschieden werden, ob eine Durchführung in einem zeitlich zusammenhängenden Sanierungs-Projekt erfolgen soll oder eine Aufteilung über mehrere HH-Jahre vorgesehen werden soll.

Verwaltungsseitig wird empfohlen, das Projekt als Ganzes abzuwickeln und somit effizienter und reibungsloser umsetzen zu können. Gleiches gilt für die Einschränkung der betroffenen Anwohner, die dann *nur über einen* begrenzten Zeitraum belastet wären.

Im Zuge der ersten Abstimmungen und Abgleich der ausgearbeiteten Varianten konnten bereits Reduzierungen des Aufwands ermittelt werden.

Zum einen wurde der nord-westliche Teil der ASS – der einen recht guten und jungen Zustand aufweist – aus der Planung genommen werden. In diesem Bereich sind keine Leitungen vorhanden, so dass kein Nutzen aus diesem Abschnitt gezogen werden kann. Des Weiteren wurde bereits in den letzten Jahren im Kreuzungsbereich Erneuerungen an der Wasserversorgung im Kreuzungsbereich zum Obernhäuser Weg

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 243
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
öffentliche Verhandlung des	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 21, abwesend: 2 Mitglieder StR Kreis, StR Pfeiffer	
Gemeinderats	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

vorgenommen. Dies soll belassen werden und an die zu erneuernden Wasserleitungen anschließen.

Nach Prüfung der Varianten der Straßenführung wird die **Variante 4** verwaltungsseitig vorgeschlagen.

Im weiteren Verlauf der Straße und der Leitungen schließt der Obernhäuser Weg an, der einen ähnlichen Zustand – und vermutlich Unterbau – aufweist. Nach einer ersten Sichtung der Entsorgungsleitungen wird hier ebenfalls über Teilstücke eine Sanierung/Reparatur vorzusehen sein.

Auch hier wurde bereits über ein Teilstück die Wasserleitung erneuert, eine Restlänge mit Faserzementrohren ist jedoch noch vorhanden und sollte ausgetauscht werden, da es hierfür keinerlei Ersatzteile mehr gibt bzw. die Rohrbruchbeseitigung mit einem erhöhten Aufwand einhergeht.

Verwaltungsseitig wurde eine mögliche Erweiterung des Sanierungsabschnitts – über den Obernhäuser Weg – in Betracht gezogen und mit Kosten unterlegt.

Der TUA hat sich bereits für eine Erweiterung der Maßnahme im Obernhäuser Weg ausgesprochen.

Als positiver Nebeneffekt, aus der möglichen Erweiterung der Sanierung im Obernhäuser Weg, würde sich ergeben, dass eine sehr große Anzahl an Hausanschlüssen bzw. Anschlussnehmer für den FttB-Breitbandausbau bereits zeitnah hergestellt werden können und somit für einen späteren Betreiber des Glasfasernetzes ein gesteigertes Interesse entstünde.

Die Ausschreibung würde um den Jahreswechsel erfolgen und die Ausführung könnte dann Ende des 1. HJ 2018 erfolgen.

Die Maßnahme wird – unabhängig vom Umfang – über mind. einen Winter andauern.

Herr Dipl. Ing. von den Kirn Ingenieuren stellt die geplanten Maßnahmen in einer Präsentation vor, die als Anlage beigefügt ist. Er erläutert, dass es sich um drei verschiedene Maßnahmen handelt. Zum einen die Sanierung der Albert-Schweitzer-Straße, die Sanierung des Obernhäuser Weges und die Vernetzung der Wasserversorgung Am Ziegelrain zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung.

Bei der Albert-Schweitzer-Straße sind Netzzrisse vorhanden, alte Leitungsgräben und Flickstellen. Seitens der Kirn-Ingenieure wird in Absprache mit der Stadtverwaltung die Umsetzung der Variante 4 vorgeschlagen. Dies bedeutet, dass die Straße Richtung Waldenburgweg nicht mitsaniert wird, da sie sich in einem guten Zustand befindet und die Leitungen keine Schäden aufweisen. Beim Obernhäuser Weg bestehen

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderats	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 244
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 21, abwesend: 2 Mitglieder StR Kreis, StR Pfeiffer	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

hydraulische Probleme, sodass der Kanal von DN 500 auf DN 600 aufdimensioniert werden soll. Die Wasserleitung muss auf kompletter Länge erneuert und von bisher DN 80 auf neu DN150 aufdimensioniert werden. Der Ringschluss im Bereich Am Ziegelrain/Schauinslandstraße ist für die Löschwassersicherheit erforderlich. Die Gesamtzeit der Maßnahmen der Variante 4 beträgt ca. 18 Monate, der finanzielle Aufwand weist ein Volumen von ca. 3,1 Mio. Euro aus.

Auf Nachfrage von Herrn Bürgermeister Martin erläutert Frau Häußermann, dass die Kosten in die Haushaltsplanung 2018 und die Finanzplanung 2019 aufgenommen sind.

Herr Stadtrat Klarmann stellt fest, dass, sollte nur die Albert-Schweitzer-Straße saniert werden, dann bei starken Niederschlägen ein Überstau im Obernhäuser Weg entstehen könnte. Dies kann keinesfalls empfohlen werden, er spricht sich deshalb für die Gesamtmaßnahme aus.

Herr Stadtrat Gerwig erkundigt sich nach einem möglichen Zuschuss. Frau Häußermann erklärt, dass für diese Maßnahmen kein Zuschuss gewährt wird.

Herr Stadtrat Stotz fragt an, ob die Schmutzwasser- und Regenwasserleitungen getrennt verlegt werden oder nur ein gemischt genutzter Kanal geplant ist.

Herr Baumgärtner erwidert, dass hier nur ein Kanal verlegt wird, da auch im weiteren Verlauf keine getrennte Kanalisation vorhanden ist.

Herr Bürgermeister Martin ergänzt, dass bei der Maßnahme Marxzeller Straße im Jahre 2009 ein Regenwasserkanal mit verlegt wurde für Kosten in Höhe von 450.000 Euro. Dieser liegt derzeit Brach, da keine Anschlussmöglichkeit in die Vorflut besteht. Der Anschluss kann erst mit der Sanierung der Alten Pforzheimer Straße erfolgen – der Zeitpunkt hier ist jedoch offen!

Herr Stadtrat Stotz findet diese Lösung unbefriedigend, da doch bei einem Neubau von Gebäuden die Bauherren gezwungen werden, zwei getrennte Anschlüsse zu legen. Des Weiteren erkundigt sich Herr Stotz nach den Kosten für die Anwohner.

Herr Bürgermeister Martin erwidert, dass es in Baden-Württemberg keine Straßenausbaubeitragssatzung gibt – anders als in anderen Bundesländern - und die Anwohner somit zu keinen weiteren Erschließungsbeiträgen herangezogen werden können. Möglicherweise ändere sich das jedoch auch nochmals in der Zukunft.

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 245
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
Gemeinderats	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 21, abwesend: 2 Mitglieder StR Kreis, StR Pfeiffer	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr			

Frau Stadträtin Danigel erkundigt sich nach dem Schwerlastverkehr auf der Albert-Schweitzer-Straße und ob der Straßenbelag für Busse geeignet sei. Herr Baumgärtner erwidert, dass diese Straße stärker dimensioniert werden soll, da sie auch für den überörtlichen Verkehr eingesetzt wird.

Des Weiteren erkundigt sich Frau Danigel nach den Bordsteinen und den Schrammborden, ob diese denn jeweils auf der gleichen Seite wären damit man nicht ständig die Straßenseite wechseln muss. Herr Baumgärtner erwidert, dass dies der Fall ist. Weiter erkundigt sich Frau Stadträtin Danigel nach dem möglichen Kreisels bei der Einfahrt in den Friedrich-Silcher-Weg. Herr Baumgärtner erwidert, dass ein Kreisels und auch eine Verkehrsinsel nicht zielführend sind. Die bestehende Insel wird entfernt. An dieser Stelle wären Parkplätze oder Grünflächen möglich.

Frau Stadträtin Danigel möchte noch wissen, ob die Straßen während der Baumaßnahmen befahrbar sind. Herr Baumgärtner erwidert, dass diese für die Anwohner anfahrbar sein werden.

Herr Stadtrat Faaß erinnert an Starkregenereignisse und dass es wichtig sei, hier Abhilfe zu schaffen. Die hydraulischen Probleme im Bereich des Obernhäuser Weges wären bekannt.

Herr Stadtrat Finkbeiner möchte wissen, ob es am Ende des Obernhäuser Weges beim Übergang zur Hafnersteige hydraulische Probleme geben könnte. Herr Baumgärtner antwortet, dass die Kanalisation in der Hafnersteige ausreichend dimensioniert und nicht mit Problemen zu rechnen ist.

Herr Bürgermeister Martin fasst zusammen, dass ein Minikreisels nicht in Frage kommt, es sollte ein Gehweg im klassischen Sinne aufgrund des Oberflächenwasser gebaut werden. Besser wäre auch eine Grünfläche anstatt Pflaster, da eine gepflasterte Fläche als Parkplatz für Private dienen würde, der letztlich durch die öffentliche Hand – also alle Bürger – finanziert würde. Sollte von privater Seite ein Parkplatz erstellt werden, bestünde hier sicherlich Gesprächsbereitschaft. Die Grünfläche wäre auch für den Ablauf des Niederschlagswassers zunächst besser.

Herr Stadtrat Faaß erkundigt sich nach dem zeitlichen Ablauf. Herr Baumgärtner erwidert, dass im Frühjahr 2018 mit den Planungen begonnen werden soll, die Maßnahme bis Ende 2019 abgeschlossen werden könnte.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 246
öffentliche Verhandlung des	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
Gemeinderats	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 21, abwesend: 2 Mitglieder StR Kreis, StR Pfeiffer	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

Herr Stadtrat Faaß ergänzt, dass die Maßnahmen im Zwerchweg und die Reaktionen der Anwohner nicht vergnügungssteuerpflichtig sind.

Herr Bürgermeister Martin wirbt hier um Verständnis von den Anwohnern, von denen sich ja letztlich viele genau diese Sanierung wünschten. Zudem sei es ja derzeit auch so, dass niemand einen weiteren Erschließungsbeitrag zahlen müsste.

Es ergeht der

einstimmige Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt,

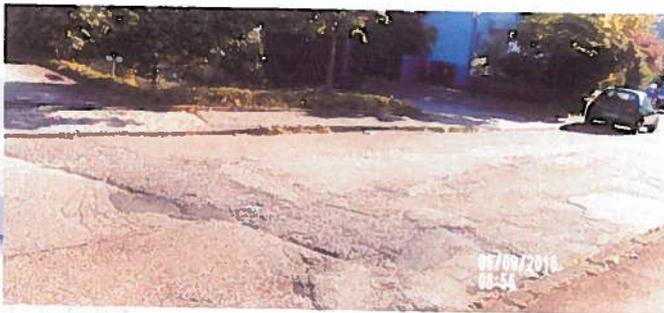
- die Variante 4 umzusetzen (dies bedeutet, die Sanierung der Albert-Schweitzer-Straße, des Obernhäuser Weges,
- der Ringschluss (Wasserversorgung) am Ziegelrain sowie
- die Grünfläche anstatt Pflaster
- die übrigen Details wie die Planung es vorsieht



Übersichtskarte

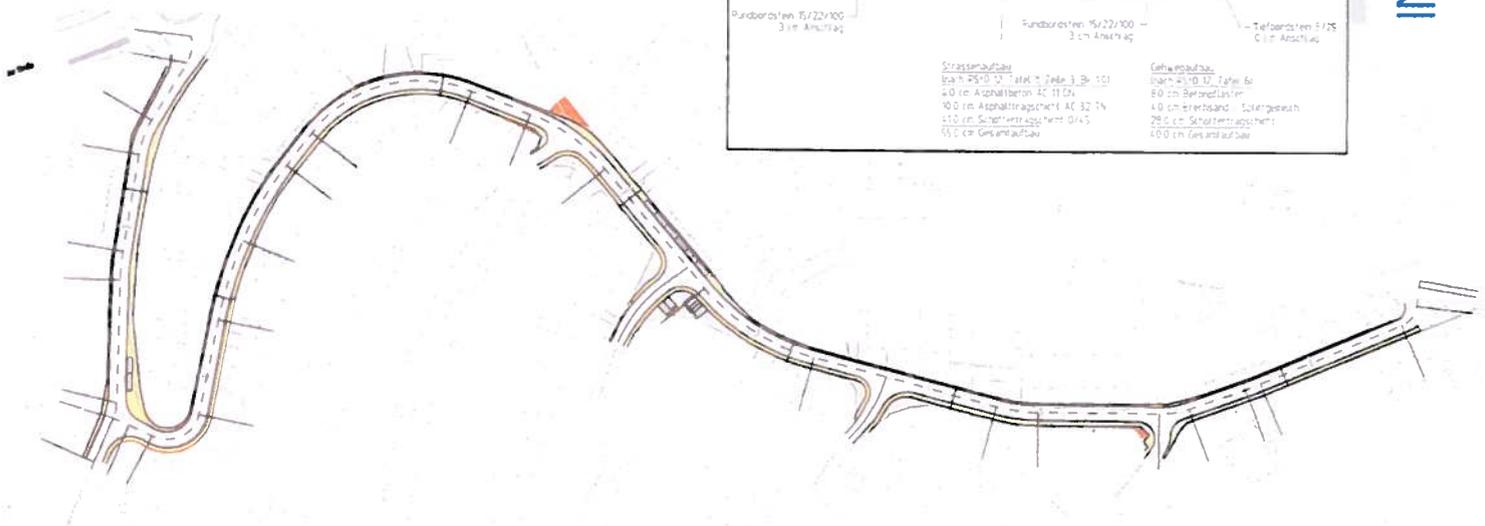
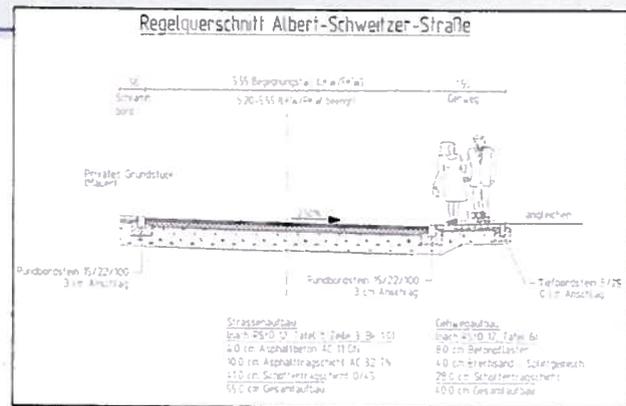


Bestehende Straße



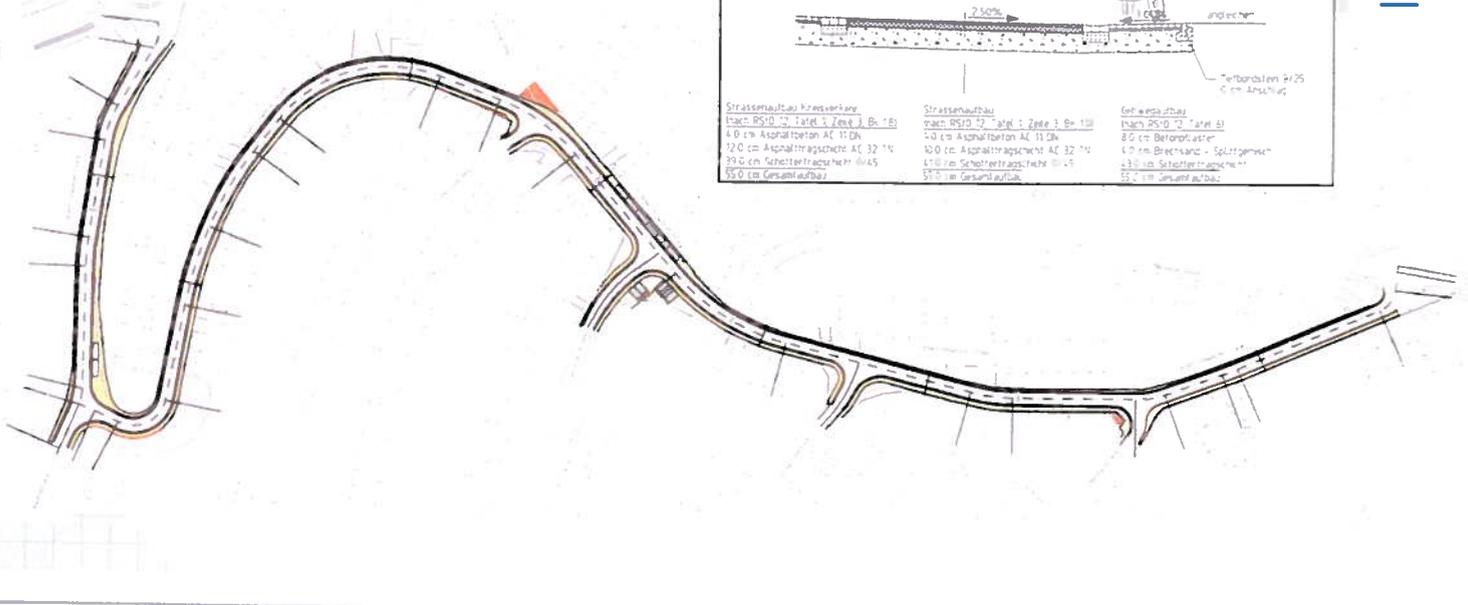
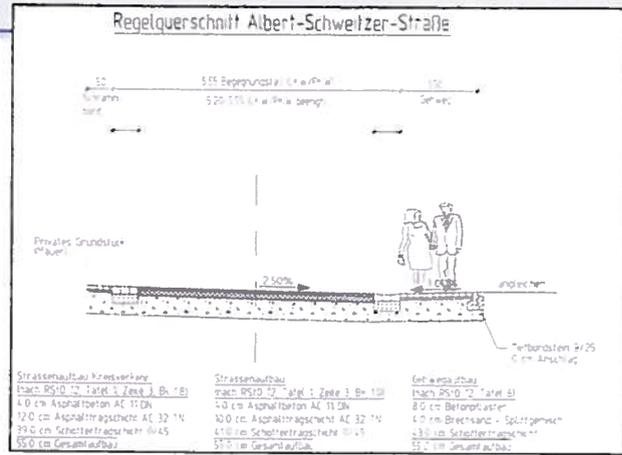
Straßenplanung - Lageplan Variante 1

- Bauweise mit Bordsteinen
- Vollausbau ab Kreisverkehrsplatz
- Parkplatzoptionen



Straßenplanung - Lageplan Variante 2

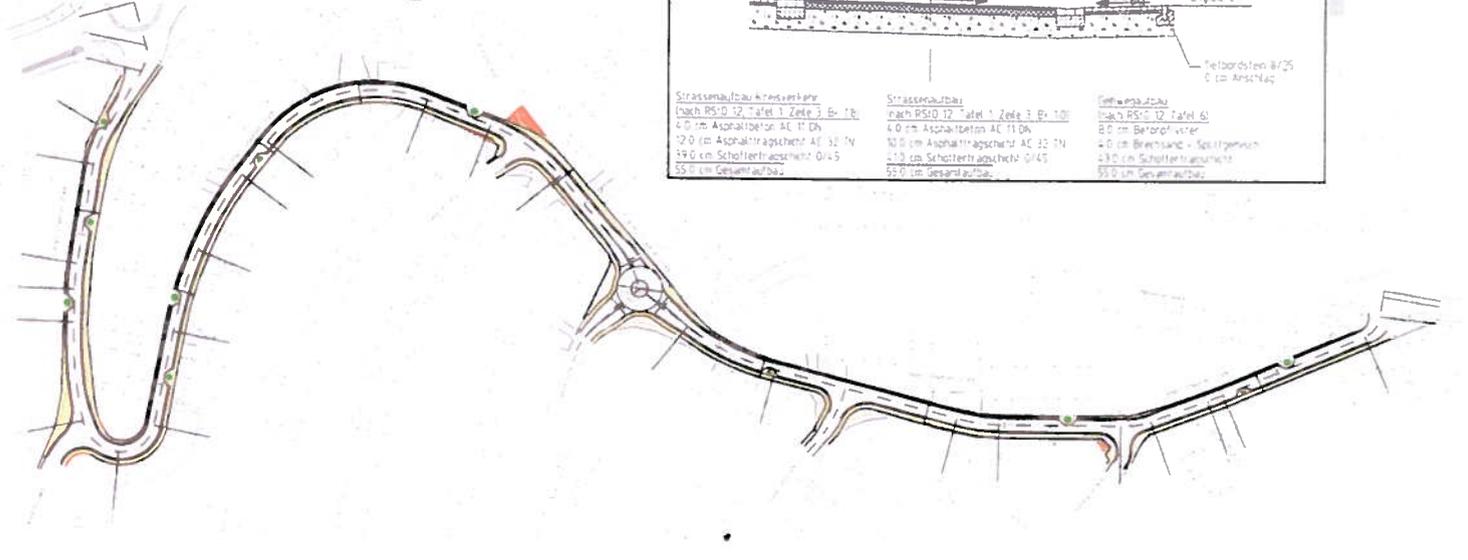
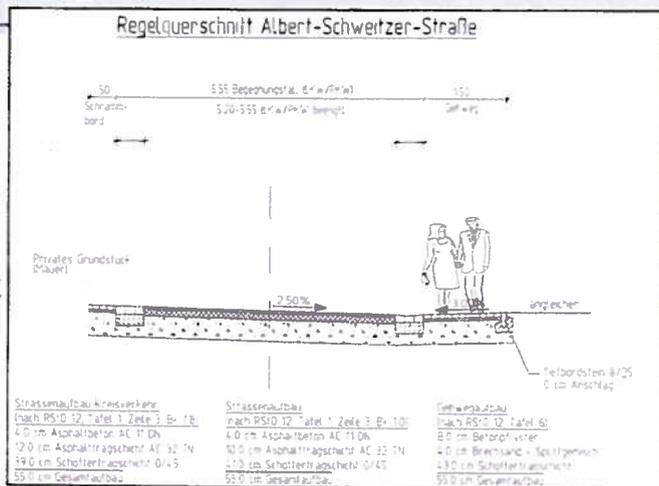
- Bauweise mit Fertigteilrinnen
- Vollausbau ab Kreisverkehrsplatz
- Parkplatzoptionen



Straßenplanung - Lageplan Variante 3

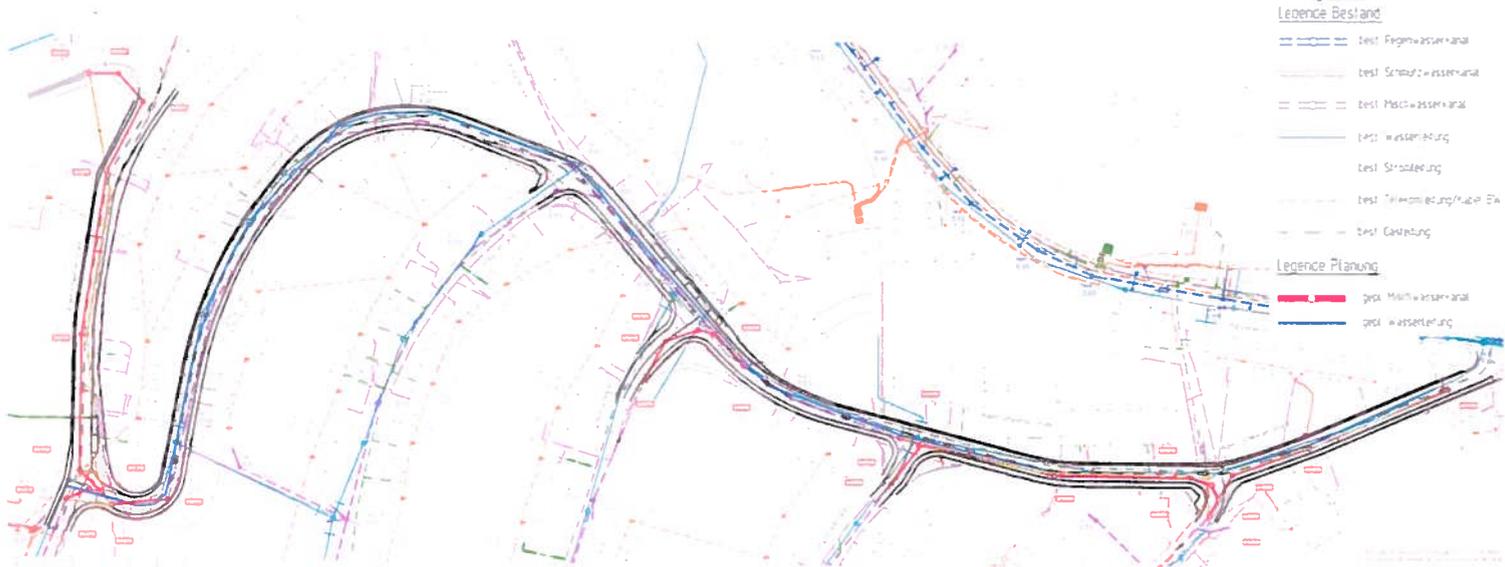
- Bauweise mit Fertigteilrinnen
- Vollausbau ab Kreisverkehrsplatz
- Baumbeste
- Minikreisverkehr

Variante 3: Nicht empfehlenswert



Lageplan Ver- und Entsorgungsleitungen - Variante 1

- Variante 1: Sanierung aller überlasteter Haltungen mit oder ohne Wasseraustritt aus dem Schachtdeckel, Erneuerung aller schadhafte Haltungen
- Erneuerung Wasserleitung DN150 GGG



Lageplan Ver- und Entsorgungsleitungen - Variante 2

- Variante 2: Sanierung der Haltungen mit Wasseraustritt aus dem Schachtdeckel, Erneuerung aller schadhafte Haltungen
- Erneuerung Wasserleitung DN150 GGG



Lageplan Ver- und Entsorgungsleitungen - Variante 3

- Variante 3: Sanierung aller überlasteter Haltungen mit oder ohne Wasseraustritt aus dem Schachtdeckel ab der Kreuzung ASS/Waldenburgweg, Erneuerung aller schadhafte Haltungen
- Erneuerung Wasserleitung DN150 GGG



Kostenschätzungen - Vorzugsvariante Straßenbau Variante 4 & Leitungen Variante 3

Allgemeines:

- Baustelleneinrichtung ca. netto: 155.000,00 €
- Verkehrssicherung ca. netto: 25.000,00 €

Straßenbau Variante 4:

- Baukosten ca. netto: 874.500,00 €

Wasserleitung:

- Baukosten ca. netto: 176.550,00 €

Mischwasserkanalisation Variante 3:

- Baukosten ca. netto: 216.000,00 €

Baukosten insgesamt ca. netto: 1.447.100,00 €

Baukosten insgesamt ca. brutto: 1.722.100,00 €

Baunebenkosten ca. brutto: 344.400,00 €

Gesamtkosten ca. brutto: 2.067.000,00 €

Mehrkosten

Straßenbau:

▪ Mehrkosten:

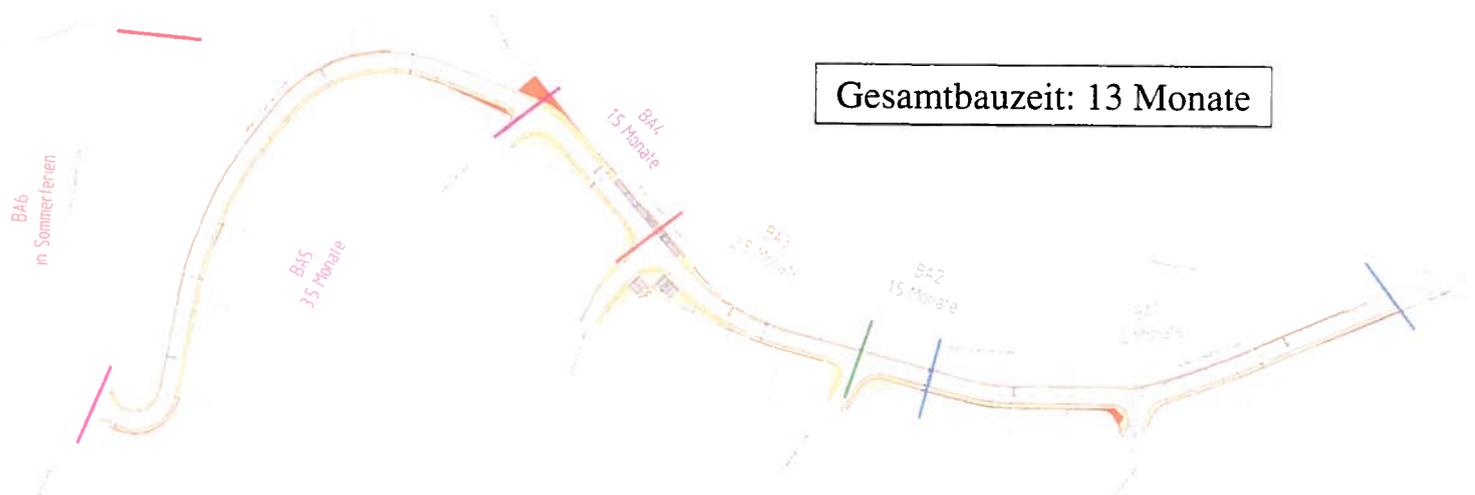
Variante 1:	ca. 302.000,00 € brutto inkl. Nebenkosten
Variante 2:	ca. 326.000,00 € brutto inkl. Nebenkosten
Variante 3:	wird verworfen
Variante 5 (Variante 4 nur mit Rinnenlösung):	ca. 19.000,00 € brutto inkl. Nebenkosten

Mischwasserkanalisation:

▪ Mehrkosten:

Variante 1:	ca. 88.400,00 € brutto inkl. Nebenkosten
Variante 2:	wird verworfen

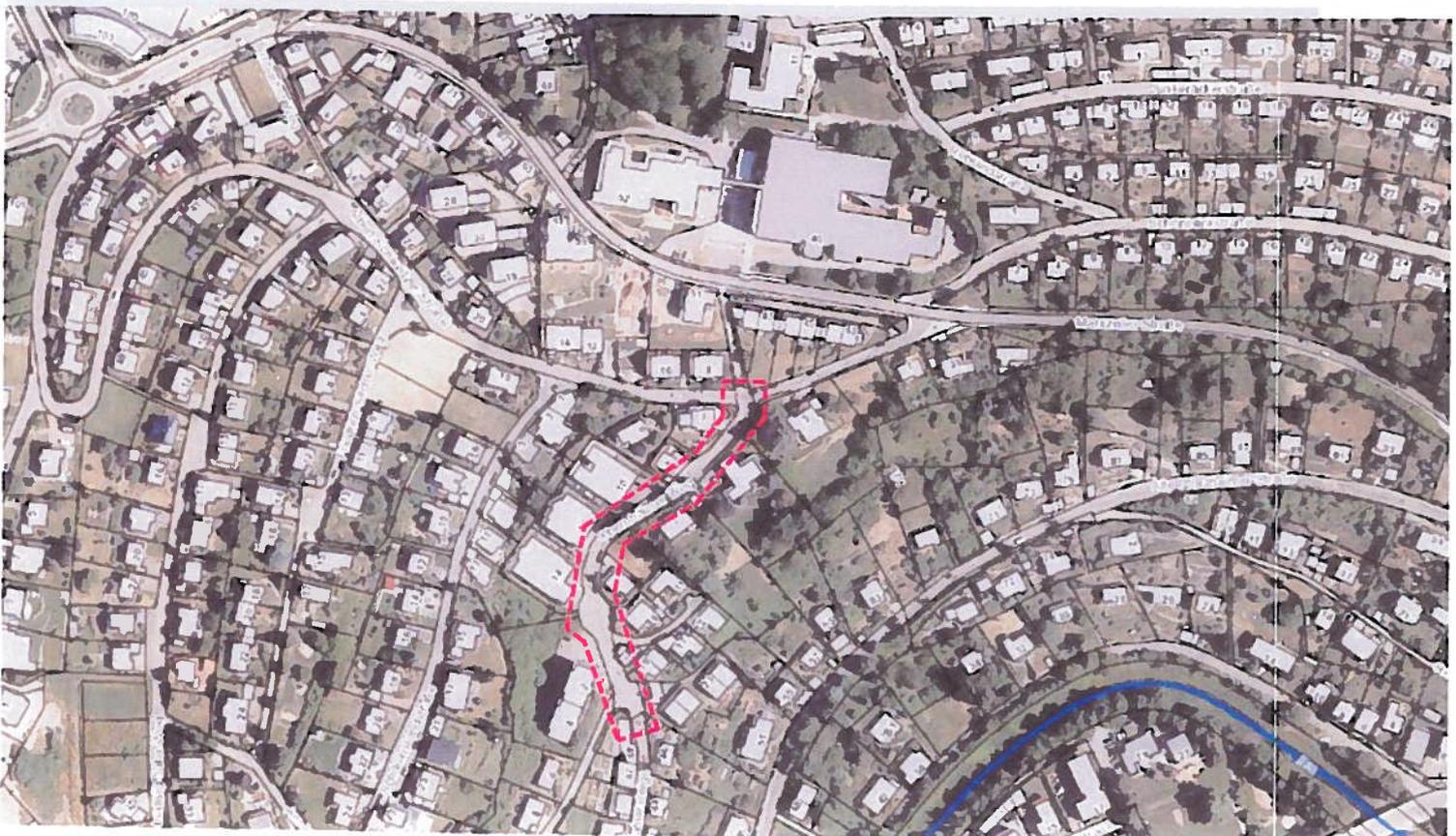
Bauzeitenplan





Sanierung des
Obernhäuser Weges

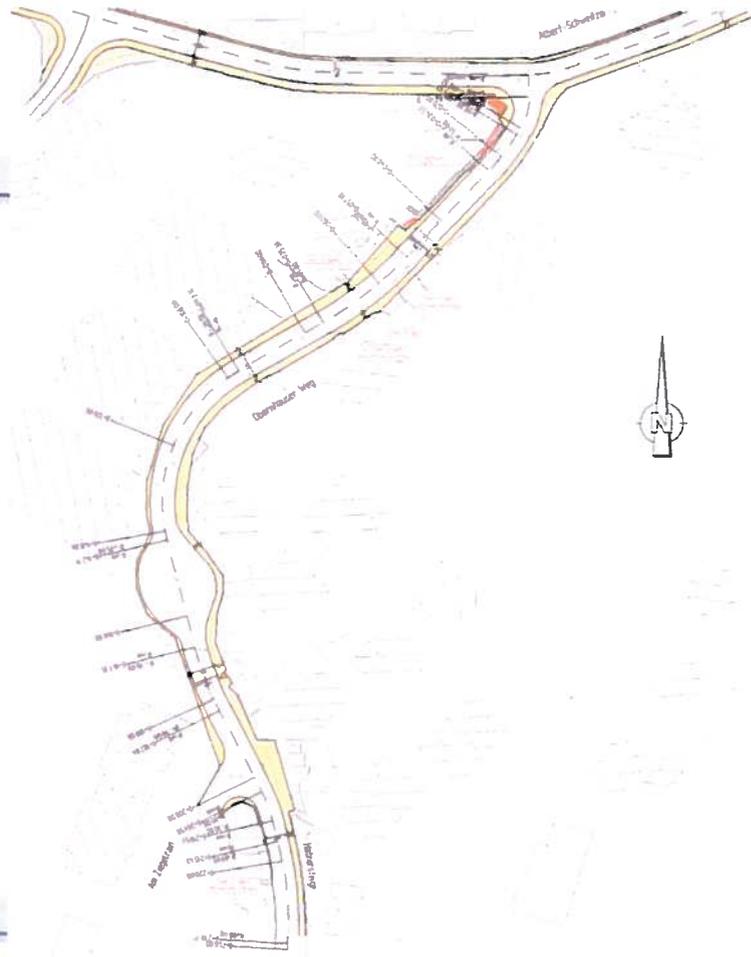
Übersichtskarte



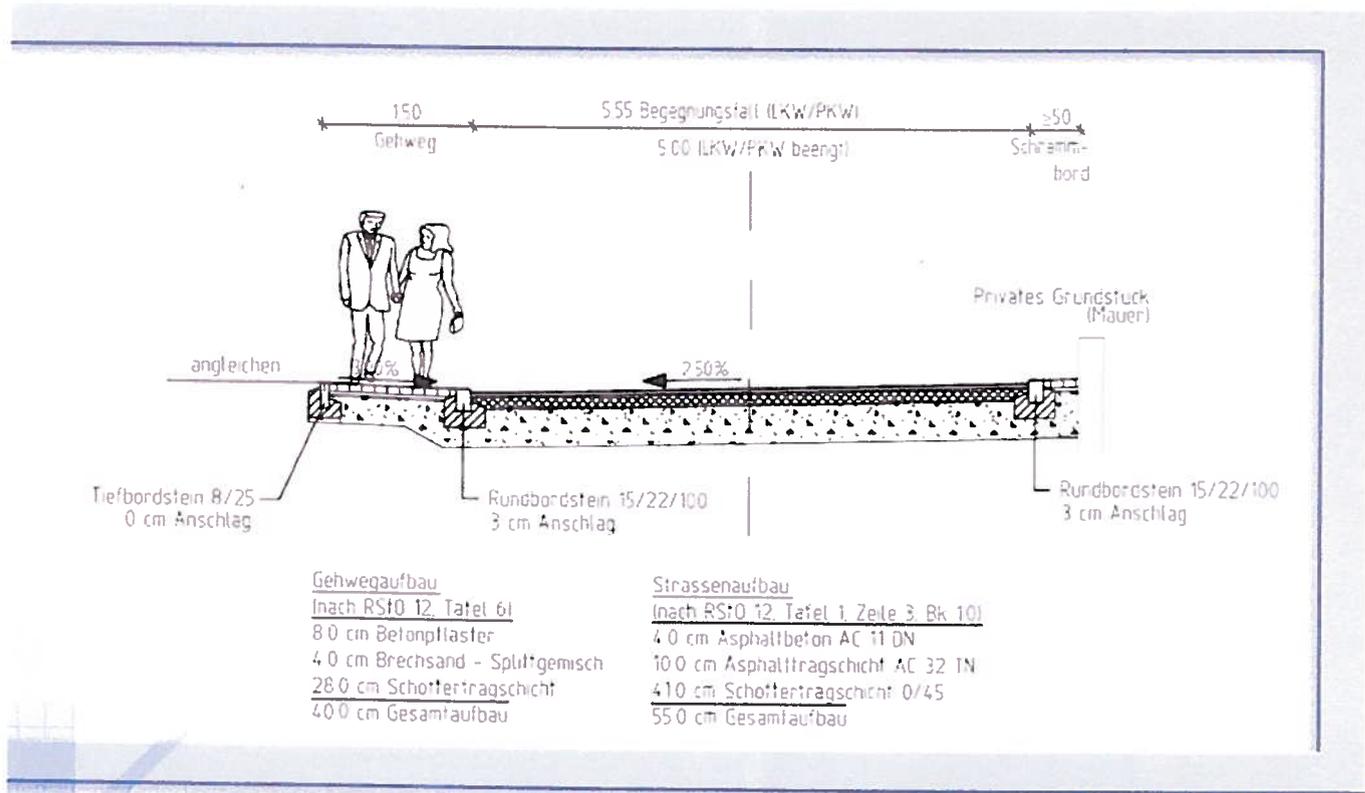
Bestehende Straße



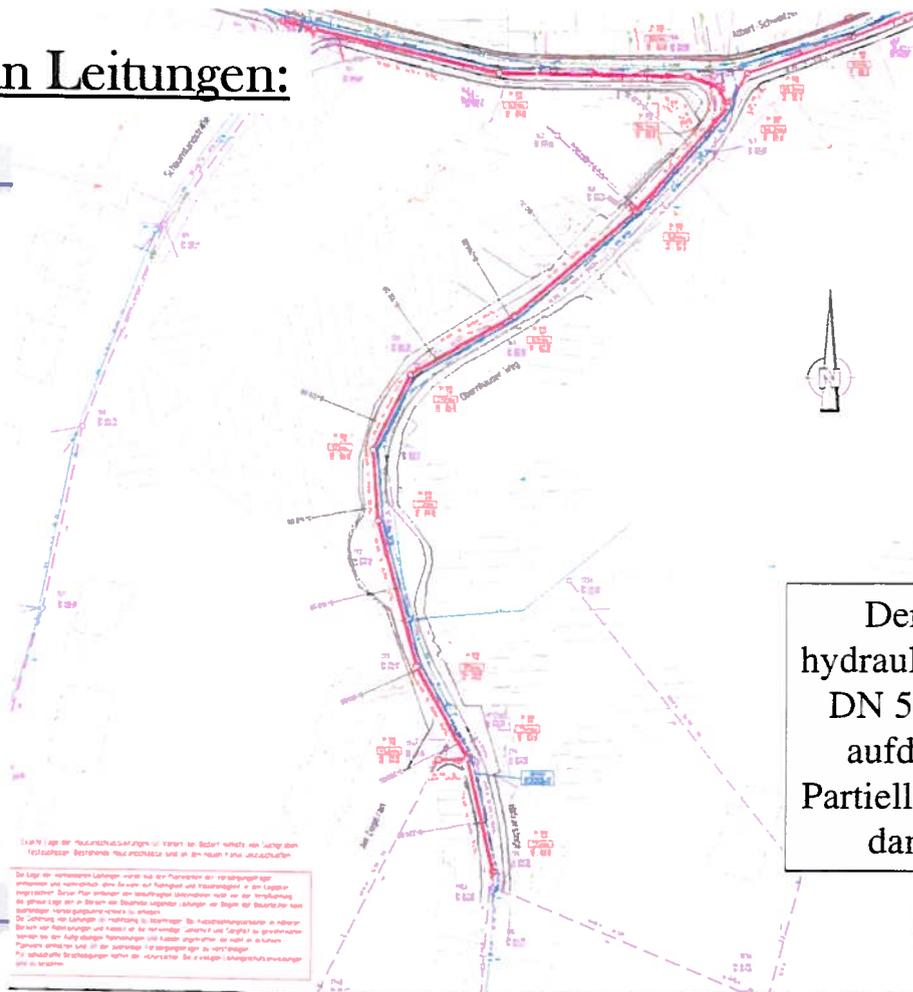
Lageplan Straße:



Regelquerschnitt Straße:



Lageplan Leitungen:



Die Lage der Hausanschlüsse ist in der Tabelle der Hausanschlüsse angegeben und entspricht dem Stand der Dinge vor Beginn der Bauarbeiten. Die Lage der Hausanschlüsse ist in der Tabelle der Hausanschlüsse angegeben und entspricht dem Stand der Dinge vor Beginn der Bauarbeiten.

Wasserleitung:

Im Zuge der Straßensanierung
erfolgt ein Austausch sowie eine
Aufdimensionierung der alten Wasserleitung
von DN 80 auf DN 150 GGG

In der Hafnersteige wurde eine optionale Verbindung
vorgesehen.

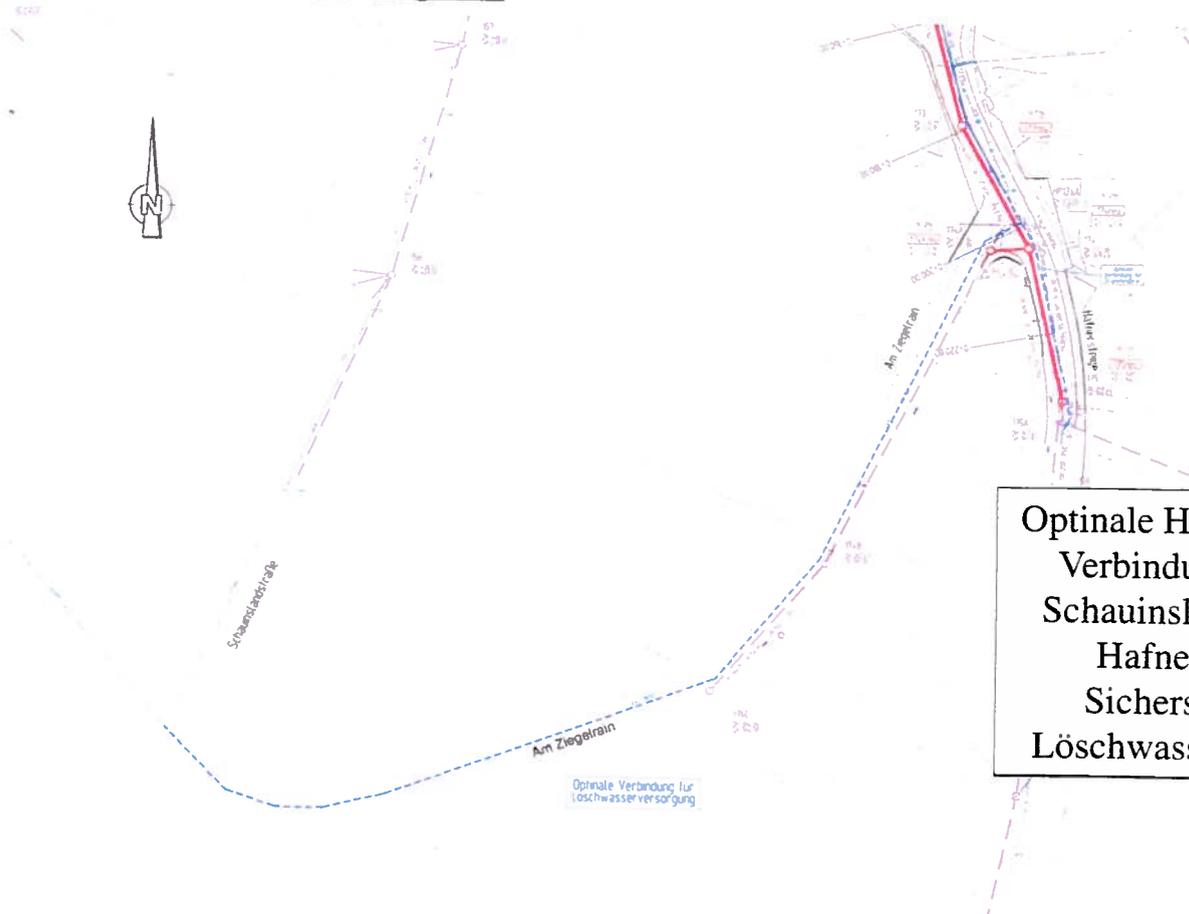
Kostenschätzung

<u>Allgemeines:</u>	71.400,00 €
<u>Straßenbau:</u>	397.400,00 €
<u>Wasserleitung:</u>	98.000,00 €
<u>Mischwasserkanal:</u>	180.700,00 €
Baukosten brutto:	747.500,00 €
Baunebenkosten brutto:	149.500,00 €
Gesamtkosten brutto:	<u>897.000,00 €</u>
(inkl. Nebenkosten)	



Optionale Verbindung Löschwasserleitung
in der Straße „Am Ziegelrain“

Lageplan Leitungen:



Optimale Herstellung einer
Verbindung zwischen
Schauinslandstraße und
Hafnersteige zur
Sicherstellung der
Löschwasserversorgung.

Kostenschätzung

KIRN



<u>Allgemeines:</u>	11.900,00 €
<u>Straßenbau:</u> 23.300,00 €	
<u>Wasserleitung:</u>	80.500,00 €
Baukosten brutto:	115.700,00 €
Baunebenkosten brutto:	23.300,00 €
Gesamtkosten brutto:	<u>139.000,00 €</u>
(inkl. Nebenkosten)	

Zusammenfassung

KIRN



<u>Bauzeit (zzgl. Winterpause)</u>	
Albert-Schweizer-Straße	13 Monate
Oberhäuser Weg	6 Monate
Löschwasserverbindung Am Ziegelrain	2 Monate
Gesamtbauzeit (gem. Ausführung)	18 Monate

<u>Kosten</u>	
Albert-Schweizer-Straße/Vorzugsvariante:	2.067.000,00 €
Oberhäuser Weg:	897.000,00 €
Löschwasserverbindung Am Ziegelrain	139.000,00 €
Gesamtkosten inkl. Nebenkosten (brutto):	3.103.000,00 €

Stadt Neuenbürg

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderats	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 247
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 21, abwesend: 2 Mitglieder StR Kreis, StR Pfeiffer	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 4

Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes der Stadt Neuenbürg

Drucksache Nr. 135/2017

Herr Bürgermeister Martin informiert, dass dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt werden muss, nachdem in der Listensprechersitzung seitens der UWV darum gebeten wurde.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 248
	Vorsitzender:	Bürgermeister Horst Martin	
öffentliche Verhandlung des	Schriftführerin:	StK Häußermann	
	Normalzahl:	23; anwesend: 21, abwesend: 2 Mitglieder	
	Abwesend:	StR Kreis, StR Pfeiffer	
Gemeinderats	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 5

Freiwillige Feuerwehr Neuenbürg – Beschlussfassung über die Beschaffung eines MTW für die Abteilung Dennach

Drucksache Nr. 136/2017

Wie bereits bekannt ist, ist die Beschaffung eines Mannschaftstransportwagens (MTW) mit Standort bei der Abteilung Dennach seit mehreren Jahren geplant. Die Beschaffung des MTW wird spätestens bei der Neubeschaffung des Löschfahrzeugs im Stadtteil Dennach zwingend erforderlich. Das Löschfahrzeug ist bereits über 26 Jahre alt, geplant ist diese Ersatzbeschaffung im Jahr 2019. Die Fahrzeugbeschaffung entspricht dem Fahrzeugkonzept des vom Gemeinderat beschlossenen Feuerwehrbedarfsplanes.

Im Haushalt 2017 sind für die Neubeschaffung des MTW der Abteilung Dennach 65.000 € eingeplant.

Zuschussanträge wurden bereits für die Jahre 2015 und 2016 gestellt, konnten aber aufgrund der Finanzlage jeweils nicht bewilligt werden. Auch für einen weiteren Zuschussantrag gibt es keine Erfolgsaussichten.

Vom Gemeinderat ist nun festzulegen, ob eine Ausschreibung des MTW Dennach auch ohne Vorliegen eines Zuschussbescheides durchgeführt werden kann. Gleichzeitig soll die Verwaltung dann ermächtigt werden, die Ausschreibung durchzuführen. Die Vergabe an einen Anbieter wird dann nach Ende der Ausschreibungsfrist in einer der nächsten Sitzungen noch beschlossen.

Ein weiterer Sachvortrag wird seitens des Gemeinderates nicht gewünscht.

Herr Stadtrat Faaß ist der Auffassung, dass der MTW für die Abteilung Dennach notwendig wäre und auch ohne Zuschuss beschafft werden sollte. Das Ehrenamt würde immer hochgehalten. Dennoch wurde der Zuschuss vom Land in Höhe von 12.000 Euro von der Bewilligungsbehörde mehrfach abgelehnt. Dies findet er nicht in Ordnung.

Ohne weitere Diskussion ergeht der

einstimmige Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Beschaffung eines Mannschaftstransportwagens für die Freiwillige Feuerwehr Neuenbürg, Abteilung Dennach.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 249
öffentliche Verhandlung des	Vorsitzender:	Bürgermeister Horst Martin	
	Schriftführerin:	StK Häußermann	
Gemeinderats	Normalzahl:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied	
	Abwesend:	StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 6

Einbringung der Haushaltssatzung 2018 und Wirtschaftspläne 2018 der Eigenbetriebe Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Stromerzeugung

Mündlicher Bericht - Drucksache Nr. 137/2017

Dem Gemeinderat liegt der Entwurf des Haushaltsplans 2018 als Tischvorlage vor.

Herr Bürgermeister Martin erklärt, dass sich die Stadt für das Haushaltsjahr 2018 in einer guten finanziellen Lage befindet. Seit dem Jahr 2012 sind jährlich über 100 Personen nach Neuenbürg gezogen, sodass derzeit über 800 Personen mehr in Neuenbürg wohnen. Dies bedeutet jedoch, dass hier auch eine Integration stattfinden muss, die Geld kostet. Unter anderem der Ausbau der Kinderbetreuung und vieles mehr.

Viele Investitionen wären notwendig um den Investitionsstau der Vorjahre abzubauen. Er erinnert an die Schlossbergschule, die vor 2 Jahren kurz vor der Schließung stand. Dies konnte nur durch die Flüchtlingskinder verhindert werden. Beim Gymnasium fordern neue Bildungspläne Umbaumaßnahmen, wie z.B. die NWT Räume. Bei der Stadthalle muss das Dach saniert werden. Auch die freiwilligen Leistungen wie Jugendmusikschule, Schloss, Bücherei, Freibad und Bergwerk verschlingen eine Menge Geld. Hinzu kommt der Breitbandausbau, dies bedeutet, dass von der Stadt in den nächsten 10 Jahren ca. 20 Mio. Euro investiert werden müssen. Weiter steht die Ausweisung von Neubaugebieten im Bereich Wohnbau und Gewerbe an, Maßnahmen zur Stadtkernsanierung III die bis 2024 läuft, Hochbauten die funktionell ertüchtigt und Kindergärten die ausgebaut werden müssen. Auf allen Friedhöfen sind weitere Urnengräber vorgesehen. Umfangreiche Maßnahmen sind auch auf Grund des Brandschutzes erforderlich.

Das Investitionsvolumen liegt im Jahr 2018 bei über 4. Mio. €. Zur Finanzierung der Maßnahmen ist ein Rückgriff auf die liquiden Mittel in Höhe von 1,2 Mio. € notwendig. Der Bestand der liquiden Mittel lag zum 01.01.2017 bei rd. 5,2 €.

Frau Häußermann erläutert die Ziele des neuen kommunalen Haushaltsrechts, die im Vorbericht dargestellt sind. Im Ergebnishaushalt ist ein Überschuss in Höhe von 960.000 € geplant, damit können die Abschreibungen aus heutiger Sicht erwirtschaftet werden. Sie weist abschließend darauf hin, dass die öffentliche Haushaltsberatung am Dienstag, den 28.11.2017 um 18.00 Uhr stattfindet und dort ausführliche Erläuterungen zu der Haushaltssystematik und den Planzahlen folgen.

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderats	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 250
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 7

Kreditaufnahmen für die Eigenbetriebe Stadtwerke Neuenbürg „Wasserversorgung“ und „Abwasserbeseitigung“

Drucksache Nr. 138/2017

Die Kreditermächtigungen aus dem Jahr 2017 für die Eigenbetriebe Stadtwerke Neuenbürg „Wasserversorgung“ in Höhe von 675.000 € und für die „Abwasserbeseitigung“ in Höhe von 910.000 € wurden bisher nicht in Anspruch genommen.

Für die bereits getätigten und noch geplanten Maßnahmen müssen Finanzierungsmittel bereitgestellt werden.

Bei beiden Eigenbetrieben sind auch Nachfinanzierungen aus dem Jahr 2016 erforderlich. Das Anlagevermögen ist tatsächlich vorhanden, wurde bisher über Kassenkredite finanziert und muss durch langfristige Deckungsmittel abgedeckt werden.

Die Verwaltung bittet um Ermächtigung zu den Kreditaufnahmen im Gesamtbetrag. Es werden nur die Kreditbeträge in Anspruch genommen, die tatsächlich benötigt werden.

Das Landratsamt Enzkreis hat mit Erlass vom 21.02.2017 die erforderlichen Genehmigungen erteilt.

Bei der Wasserversorgung wurde zuletzt im Jahr 2015 eine Kreditaufnahme getätigt, bei der Abwasserbeseitigung im Jahr 2011. Der Schuldenstand für Fremdkredite lag bei der Wasserversorgung zum 01.01.2017 bei 1.580.000 € und bei der Abwasserbeseitigung bei 4.177.000 €.

Frau StK Häußermann erläutert den Sachverhalt.

Ohne Diskussion ergeht der

einstimmige Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Aufnahme von Krediten für die Stadtwerke Neuenbürg „Wasserversorgung“ und „Abwasserbeseitigung“ zu. Die Verwaltung wird ermächtigt, die erforderlichen Darlehensverträge abzuschließen.

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderats	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 251
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 8

Antrag der Grünen Liste Neuenbürg vom 17.10.2017 Diskussion des Schreibens des „Bürgerforums Neuenbürg“ vom 31.07.2017

Drucksache Nr. 139/2017

In der Gemeinderatssitzung am 19.09.2017 wurde den Gemeinderatsmitgliedern ein Schreiben des Bürgerforums Neuenbürg ausgeteilt.

Bei der vergangenen Gemeinderatssitzung am 17.10.2017 hat die Grüne Liste Neuenbürg einen Antrag auf Aufnahme der Anfrage des „Bürgerforums Neuenbürg“ in die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 14.11.2017 gestellt. Dieser wurde von insgesamt sieben Gemeinderäten unterschrieben (GR'in Danigel, GR Kreis, GR'in Bohn, GR'in Müller, GR Stotz, GR'in Ohaus, GR'in Wißmann).

Herr Bürgermeister Martin greift die Frage von Herrn Trauthwein – zu Beginn der Sitzung aus der Bürgerfrageviertelstunde - auf, ob dieser ein Rederecht erhalten soll bzw. ob ein Rederecht für alle Zuhörer freigegeben wird.

Persönlich sieht er dies sehr kritisch, denn ob dies hinterher bei kontroversen Äußerungen in respektvollen Bahnen gehalten werden könne bezweifelt er. Deshalb wird er sich nachher auch gegen ein solches Recht aussprechen.

Frau Stadträtin Danigel möchte alle Bürger einbeziehen, da diese zahlreich erschienen sind und sich die Gäste bzw. Bürger darauf vorbereitet haben.

Herr Stadtrat Allion stellt die Frage, ob dieses Rederecht nur für die heutige Sitzung gelten würde oder generell. Herr Bürgermeister Martin erwidert, dass dies dann nur für den heutigen Anlass der Fall wäre.

Für Herrn Stadtrat Brunner ist ein Rederecht in Ordnung, jedoch würde dies, wenn alle zu Wort kommen würden, den heutigen Rahmen sprengen. Dies wäre nicht konstruktiv – insofern plädiere er für einen kleineren Kreis.

Für Frau Stadträtin Danigel ist es wichtig, einen Gesprächsraum aufzubauen. Wenn die Stadt eine gute Zukunft wolle, wäre es wichtig die Bürger mit einzubeziehen.

Herr Stadtrat Gerwig erkundigt sich, wie dieses Thema überhaupt zustande kommt. Er befindet es als eindeutig, dass es sich nur um das Baugebiet Süd auf dem Buchberg handeln würde. Seit vielen Jahren wäre ein Bürgerforum kein Thema und deshalb das

Stadt Neuenbürg

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 252
	Vorsitzender:	Bürgermeister Horst Martin	
öffentliche Verhandlung des	Schriftführerin:	StK Häußermann	
	Normalzahl:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied	
	Abwesend:	StR Kreis	
Gemeinderats	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

Ansinnen der Beteiligten sehr durchschaubar. Er hält auf Grund der ausgiebig geführten Diskussionen hier im Rat und auch mit den Bürgern und den daraus gefassten und geltenden Beschlüsse rein gar nichts.

Nach einem aufgebrachtem Zuruf der Zuhörerin Frau B., bezüglich Herrn Gerwigs soeben getätigter Äusserung, gibt Herr Martin zu bedenken, dass er eben genau das gemeint habe mit respektvollem Umgang - der Charakter dieser Sitzung könne so wohl nicht gehalten werden. Solche provozierende Einwürfe könnten dann nicht vermieden werden. Diese Art und Weise aber kann er für eine Gemeinderatssitzung nicht für gut heissen. Sachlicher Austausch bei respektvollem Umgang – selbst bei widerstreitenden Meinungen sei wichtig.

Frau Stadträtin Bohn wird dem Antrag von Frau Stadträtin Danigel zustimmen. Man könnte ja, wenn die Diskussion unsachlich wäre, abbrechen.

Herr Bürgermeister Martin erwidert, dass es dann zu spät wäre. Insgesamt sei auch klar, dass, sollte das Bürgerforum tatsächlich zustande kommen, man noch genug Zeit hätte, sich gegenseitig in anderem Rahmen auszusprechen. Er ergänzt, dass er jedoch beidem auf Grund des Werdegangs in der kürzeren Vergangenheit nicht zustimmen wird.

Herr Stadtrat Brunner stellt den Antrag auf Rederecht von Herrn Trauthwein und einem Stellvertreter.

Zunächst wird der Antrag von Frau Stadträtin Danigel abgestimmt, ein unbestimmtes Rederecht. Dies wird mit vier Ja-Stimmen (Frau Stadträtinnen Müller, Danigel, Klett und Bohn) sowie zwei Enthaltungen (Frau Stadträtinnen Ohaus u. Wißmann) abgelehnt.

Herr Stadtrat Dr. Sönmez möchte die Diskussion zeitlich begrenzen. Es wird sodann – jedoch ohne einen Beschluss zu fassen - ein Zeitraum von 10 Minuten festgelegt.

Herr Stadtrat Brunner möchte wissen, welche zweite Person aus dem Zuschauerraum ein Rederecht erhalten soll. Er fragt bei Herrn Trauthwein nach und dieser benennt Herrn Kurt Fischer als zweite Person.

Diesem Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Herr Stadtrat Finkbeiner) und 8 Gegenstimmen (Herren Stadträte Schaubel, Klarmann, Pfeiffer, Allion, Dr. Techert, Faaß, Stadträtin Winter und BM Martin) **mehrheitlich zugestimmt**.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 253
	Vorsitzender:	Bürgermeister Horst Martin	
	Schriftführerin:	StK Häußermann	
öffentliche Verhandlung des	Normalzahl:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied	
	Abwesend:	StR Kreis	
Gemeinderats	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

Frau Stadträtin Danigel begründet ihren Antrag, dass es ein Landesprogramm „Wir müssen reden“ geben würde, bei welchem der Gemeinderat und die Verwaltung mit Bürgern ins Gespräch kommen sollen. Hier würde es sogar Zuschüsse geben. Für sie ist die Nähe zu Bürgern wichtig.

Herr Trauthwein teilt mit, dass es eine Vielzahl von Mitbürgern geben würde, die in besseren Dialog mit dem Gemeinderat und den Bürgermeister durch ein Forum treten möchten. Dadurch könnten konstruktive Ideen an den Gemeinderat und Bürgermeister herangetragen werden. Er sieht keinen Grund, warum man sich nicht miteinander austauschen sollte. Es würde sich nicht nur um das Baugebiet Buchberg IV Süd drehen. Er hätte nur Positives von den Nachbargemeinden, die dieses Projekt mit einem neutralen Moderator durchführen, aufgenommen. In einer Bürgerfrageviertelstunde könnte man nur Fragen stellen, für Diskussionen wäre keine Möglichkeit. Er möchte ein bis zweimal im Jahr eine Möglichkeit schaffen, bei der Bürgermeister und Gemeinderat – sprich die Vertreter der Bürger – mit den Bürgern ins Gespräch treten können. Dies wäre für beide Seiten eine win-win Situation.

Herr Bürgermeister Martin bittet Herrn Kurt Fischer um seine Sicht der Dinge. Herr Fischer möchte sich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht äußern.

Frau Stadträtin Ohaus dankt Herrn Trauthwein für seinen Vortrag. Sie begründet die schleppende Reaktion des Gemeinderats damit, dass bereits viele Versuche seitens des Gemeinderats unternommen worden sind, mit den Bürgern in Kontakt zu treten. Seit 2014 habe es jährlich ein Gemeinderats-Cafe auf dem Stoppelmarkt gegeben. Jedoch tauchten keine Bürger auf, die das Gespräch mit den Gemeinderäten gesucht hätten. Man habe sich lediglich die Beine in den Bauch gestanden mangels Interesse oder Themen. Sie findet den Zungenschlag in seinen Worten brüskierend für die Gemeinderäte. Diese hätten ihre Freizeit geopfert und nur weil jetzt eine Initiative der Grünen vom Land Baden-Württemberg kommen würde, würden nicht mehr Bürger dieses Angebot annehmen. Ganz offenkundig verberge sich also doch etwas ganz anderes hinter diesem Antrag. Sämtliche Ratsmitglieder samt Bürgermeister hätten schon bewiesen, dass auch schon lange vor diesem Antrag gewissenhaft und seriös kommuniziert wurde und wird.

Herr Stadtrat Dr. Techert meldet sich zu Wort und möchte die Mitglieder der Grüne Liste daran erinnern, dass Kommunikation von Qualität und Ehrlichkeit gekennzeichnet sein sollte. Er findet es nicht in Ordnung, dass die Mitglieder der grünen Liste in der vergangenen Sitzung nicht von sich aus mitgeteilt hätten, dass sie an der konstituierenden Sitzung des Forums maßgeblich beteiligt waren. Er stellt sich die Frage, warum diese Gruppe Interesse daran habe sich gerade mit den Grünen zu

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 254
	Vorsitzender:	Bürgermeister Horst Martin	
öffentliche Verhandlung des	Schriftführerin:	StK Häußermann	
	Normalzahl:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied	
	Abwesend:	StR Kreis	
Gemeinderats	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

konspirieren und warum dann nicht in aller Offenheit. Er stellt fest, dass ein ganz wesentlicher Bestandteil der Gruppierung offensichtlich Betroffene der Gemeinderatsentscheidung Buchberg IV Süd vom März diesen Jahres wären. Genauso betroffen wie diese Bürger war nämlich die Grüne Liste, denn sie sprach sich für eine Umsetzung der Variante Nord aus. Er fühlt sich daher ganz klar durch den Charakter dieses Vorstoßes getäuscht – eigentlich bezwecke man etwas ganz anderes. Das Thema Baugebiet Buchberg IV zeige, wie ausführlich und transparent dieses sensible Thema gehandhabt wurde. Über die Dauer von mehr als einem Jahr hinweg wurde das Thema immer wieder aufs Verschiedene beleuchtet. Gemeinderatssitzungen, Ortstermine verbunden mit Begehungen und Erstellung von zahlreichen Gutachten, welche von jedermann einsehbar waren. Ganz abgesehen von unzähligen Gesprächen, die der Gemeinderat, die Stadtverwaltung und der Bürgermeister führten. Für ihn ist das lediglich Lobbyarbeit der örtlichen Grünen Liste die sich hier zeige.

Die Aufgabe als Gemeinderat sollte sein, Entscheidungen, die demokratisch gefasst wurden zu akzeptieren und nach außen zu vertreten. Sollten diesem Antrag gefolgt werden, hieße dies, dass in Zukunft bei jeder unpopulären Entscheidung mit einem neuen Bürgerforum gerechnet werden müsse. Er bittet die Mitglieder der Grünen Liste, demokratisch gefällte Entscheidungen des Gremiums zu akzeptieren, denn genau das würde die Grüne Liste auch in anderen Fällen vom restlichen Gemeinderat einfordern.

Frau Stadträtin Wißmann erklärt, dass sie sich neu im Gremium befindet. Derzeit wären ca. 25 Bürger die sich diesem Forum anschließen möchten. Dies würde weniger als 1 % der Wohnbevölkerung bedeuten. Für sie stellt sich die Frage nach dem Sinn einer solchen Veranstaltung. Trotzdem könnte sie sich ein Forum vorstellen.

Für Herrn Stadtrat Faaß ist die Vorgehensweise des neugegründeten Forums nicht akzeptabel. Er steht voll hinter den Äußerungen von Herrn Dr. Techert.

Herr Trauthwein erklärt, dass genug Bürger da wären, die Interesse an einer kommunalen Arbeit hätten. Es würde nicht stimmen, dass es sich hier nur um Buchberg IV handeln würde. Dies sei eine Unterstellung. Er zeigt sich verwundert, warum man dem Forum keine Chance geben wolle und vor was man Angst habe. Ohne die Einbindung der Bürger ließe es sich vielleicht leichter regieren, dies könne aber nicht im Sinne der Bürger sein.

Für Herrn Kurt Fischer ist es wichtig, bei Entscheidungen die Bevölkerung mitzunehmen. Die Bürgerfrageviertelstunde sei hier nicht ausreichend. Bürgerversammlungen würde es nicht mehr geben und es gäbe auch viele andere

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderats	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 255
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

Punkte, die angesprochen werden sollten sei es z.B. Bushaltestellen und Windkraft. Mit einem Mediator wäre ein offenes Gespräch möglich. Er versteht diesen Veitstanz nicht.

Frau Stadträtin Danigel wünscht sich eine niederschwellige Gesprächsebene mit Gleichgewicht durch einen Moderator.

Herr Stadtrat Brunner erklärt, dass es in der Bürgerfrageviertelstunde tatsächlich kein Platz für Diskussion gibt. Er habe aber schon des Öfteren festgestellt, wenn wichtige Fragen bei der Stadt aufkommen – bei der keine so hohe persönliche Betroffenheit da ist, dass dann der Gemeinderat alleine gelassen wird. Es fehlen ihm Belege, dass sich das Forum wirklich nachhaltig und dauerhaft mit kommunalen Problemen auseinandersetzt.

Frau Stadträtin Ohaus betont noch einmal, dass von 2014 bis 2016 dreimal im Jahr, bei Mai-, Stoppel- und Adventmarkt, das Gespräch mit den Bürgern seitens des Gemeinderates gesucht wurde. Die Mitglieder des Gremiums wären stundenlang beim Gemeinderats-Cafe gewesen und kein Bürger sei zu einem Gespräch gekommen.

Frau Stadträtin Müller stellt fest, dass sich beide Parteien sehr angegriffen fühlen. Sie schlägt vor, die Vergangenheit ruhen zu lassen und den Blick nach vorne zu richten. Jetzt wären nun mal die Bürger da, die das Gespräch suchen würden. Sie steht dem Bürgerforum positiv gegenüber.

Frau Stadträtin Bohn schließt sich dieser Äußerung an. Märkte wären nicht der richtige Rahmen für einen solchen Bürgeraustausch. Viele Themen wie beispielsweise 30-Zonen, Zebrastreifen, lange Wartezeiten bei der Stadtverwaltung, öffentliche Toiletten, Stadtentwicklungskonzepte usw. würden die Bürger bewegen.

Herr Bürgermeister Martin erinnert, dass noch nicht ein einziges Mal eine Bürgerfrageviertelstunde abgebrochen oder ein Wort verboten worden sei. Es finden jährlich mindestens 12 Gemeinderatssitzungen statt, wo sich die Bürger zu Wort melden und Ihre Anliegen darlegen können. Die Vergangenheit hätte während der Bürgerfrageviertelstunde insbesondere bei Themen wie Asyl, Buchberg IV oder auch Windkraft gezeigt, dass noch nie ein Bürger des Wortes beschnitten wurde. Oft habe man dann sogar diese weit über eine Viertelstunde ausgedehnt. Meist sei es jedoch so, dass Sitzungen ohne öffentliche Teilnahme und Zuhörer verliefen. Er unterstelle, dass die Bürger wohl zufrieden sind mit dem, was Gemeinderat und Bürgermeister auf den Weg brächten. Was die Gemeinderäte anbeträfe, müsse man auch ganz klar feststellen, dass jeder einzelne Bürger froh sein müsse, dass es Menschen gäbe, die sich dem Ehrenamt Gemeinderat stellen. Die sich regelmäßig in Sitzungen informierten,

Stadt Neuenbürg

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 256
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
Gemeinderats	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

austauschen und wissend um den Gesamtzusammenhang des städtischen Lebens und Miteinanders dann nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden würden. Dies sei stetig erworbene Kompetenz und herausragendes Engagement! Es sei also nicht richtig wenn man nun mit dem Antrag vermittele, als ob dies alles nichts wäre. Wo sind denn die Impulse, wenn nur normales Tagesgeschäft anstehe?

Des Weiteren gibt es genügend Möglichkeiten mit den Gemeinderäten und auch ihm selbst ins Gespräch zu kommen. Ebenso können Ratsmitglieder die Themen, welche die Bürger bewegen, jederzeit auf die Tagesordnung setzen. Die Regularien der Gemeindeordnung sind bekannt. Dies ist Teil der politischen Arbeit der gewählten Bürgervertreter. Bei all den beschriebenen Kommunikationsmöglichkeiten, die schon lange und fortwährend praktiziert würden – habe es nicht erst eines Schreibens des Bürgerforums bedurft – um Kommunikation ernst zu nehmen. Es sei nun eine sehr willkürliche und exklusive Sicht der entsprechend Mitwirkenden, dies so festzustellen. Offenkundig ist hier das Baugebiet Buchberg IV Süd als Motivation zu sehen – so komme es auch nicht von ungefähr oder überraschend, dass beim Bauamt des Enzkreises schon zahlreich aus genau diesem Forums-Personenkreis wegen des Baugebietes angerufen würde und was man dagegen machen könne. Dies entspräche aber nicht seinem Verständnis von Demokratie, denn Beschlüsse sollten letztlich akzeptiert werden. Bei so kontroversen Themen sei eine Lösung ansonsten nicht möglich.

Eine Zuhörerin - Frau A.V. - verlässt aufgebracht den Ratssaal mit den Worten, dass sie hier von dem nun genug gehört habe und das es ihr nun auch reiche. Dies entspräche nicht ihrem Demokratieverständnis.

Herr Bürgermeister Martin äußert, dass das Demokratieverständnis wohl unterschiedlich aufgefasst wird und das man ganz offenbar hier als gewählter Vertreter nicht einmal mehr im Ratssaal seine Meinung sagen dürfe. Bezeichnenderweise müsse man sich das dann auch noch von denen sagen lassen, die nun ganz uneigennützig kommunizieren wollten.

Herr Stadtrat Dr. Techert ist der Auffassung, dass es hier nicht um Bürgerbeteiligung geht. Für ihn ist klar, dass hier persönliche Interessen zum Thema Buchberg IV im Vordergrund stehen. Die Unmutsäußerungen der Betroffenen auf Facebook findet er nicht in Ordnung. Das Verhalten der Mitglieder der Grünen Liste sei „unrund“.

Frau Stadträtin Bohn verbietet sich dies und erklärt, dass die Antragsteller die Bürgerschaft mit ihren Interessen vertreten.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 257
öffentliche Verhandlung des	Vorsitzender:	Bürgermeister Horst Martin	
Gemeinderats	Schriftführerin:	StK Häußermann	
	Normalzahl:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied	
	Abwesend:	StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

Herr Bürgermeister Martin sieht in dieser oberlehrerhaften Äußerung die Situation verkannt, dass die weiteren Gemeinderäte genauso bürgerschaftliche Interessen vertreten. Gerade etwa die Sitzordnung hier im Raum verdeutliche, wer hier in gesteigertem Maß Verantwortung durch Wahl und somit durch die Bürger übertragen bekam. Dieses Vertrauen müsse man sich erst einmal erwerben.

Herr Stadtrat Schaubel wirft ein, dass er nicht weiß, warum seit über einer halben Stunde diskutiert wird. Insbesondere stört ihn die Darstellung, auf der einen Seite die Gutbürger, auf der anderen Seite der böse Gemeinderat. Er ist viel in der Stadt unterwegs und hat immer für die Bürger und deren Belange ein offenes Ohr. Da kein konkreter Antrag vorliegt, kann er dies nur als Kaffeekränzchen bezeichnen. Warum ein Forum gebildet werden soll, erschließt sich ihm nicht. Was sei der Anlass, welche Themenfelder sollen überhaupt behandelt werden.

Frau Stadträtin Danigel wiederholt, dass es ihr Anliegen ist, die Aktion, die vom Land unterstützt wird, mit einem Moderator durchzuführen. Dies wäre eine niederschwellige Methode auf einer zwischenmenschlichen Ebene. Bei dem Forum „Wir müssen Reden“ handele es sich um ein Landesprogramm. Auch anderen Kommunen wie beispielsweise Straubenhardt würden daran teilnehmen.

Herr Bürgermeister Martin fasst zusammen, dass es sich bei dem Antrag von Frau Danigel wohl um eine moderierte Gesprächsrunde unter Zuhilfenahme von Landeszuwendungen handeln würde, sollte ein solches Bürgerforum in die Wege geleitet werden.

Herr Trauthwein wirft ein, dass er sich ein Treffen, ein bis zweimal im Jahr, mit dem Bürgermeister, Gemeinderat und den Bürgern wünscht.

Es ergeht der

mehrheitliche Beschluss:

bei 6 Ja-Stimmen (Frau Stadträtinnen Müller, Danigel, Klett, Bohn, Wißmann und Herr Stadtrat Stotz) und 5 Enthaltungen (Herren Stadträte Brunner, Weber, Frau Stadträtinnen Winter, Ohaus und Schmidt) und 11 Gegenstimmen wird der Antrag auf ein Bürgerforum **abgelehnt**.

Niederschrift über die	Verhandelt am: Vorsitzender: Schriftführerin:	14. November 2017 Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	Seite 258
öffentliche Verhandlung des	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied StR Kreis	
Gemeinderats	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 9

Erdgasbelieferung der städtischen Einrichtungen ab 01.01.2018

Drucksache Nr. 140/2017

Der bestehende Rahmenvertrag zur Belieferung der städtischen Einrichtungen mit Erdgas mit der Gasversorgung Pforzheim Land GmbH wurde zum 31.12.2017 gekündigt. Hintergrund ist, dass sich die Preise auf dem Energiesektor deutlich verändert haben und bei der derzeitigen Marktentwicklung mit geringeren Arbeitspreisen gerechnet wird.

Derzeit werden 18 städtische Einrichtungen mit Erdgas versorgt mit einem Volumen von rd. 3,7 Mio. kWh (Schulen, Freibad, Dienst- und Wohngebäude).

Die Verwaltung hat eine Angebotsabfrage bei verschiedenen Gaslieferanten durchgeführt. Die aktuellen Angebote liegen bis zur Sitzung vor. Die Verwaltung empfiehlt, die Gaslieferung für die nächsten zwei Jahre an den günstigsten Anbieter zu vergeben.

Frau Stadtkämmerin Häußermann ergänzt, dass bei 6 Anbietern eine Abfrage gestartet wurde. Günstigste Anbieterin ist die Energie Calw GmbH zum Angebotspreis von 1,995 Cent/kWh.

Die Verwaltung empfiehlt, die Erdgasbelieferung ab 01.01.2018 für die Dauer von 2 Jahren an die Energie Calw GmbH zu vergeben.

Ohne Diskussion ergeht der

einstimmige Beschluss:

Die Erdgasbelieferung der städtischen Einrichtungen ab 01.01.2018 wird an die Energie Calw GmbH vergeben.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 259
öffentliche Verhandlung des	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
Gemeinderats	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 10

Rechtsverordnung der Stadt Neuenbürg über die Offenhaltung von Verkaufsstellen anlässlich der „Enzia“ im Gewerbegebiet „Wilhelmshöhe“ am Sonntag, 22. April 2018

Drucksache Nr. 141/2017

Am 22.04.2018 veranstaltet der Wirtschaftsbund Neuenbürg im Gewerbegebiet „Wilhelmshöhe“ mit der „Enzia“ eine Leistungsschau der dortigen Gewerbetreibenden.

Dieses Event fand letztmals im Jahr 2015 statt. Der Wirtschaftsbund Neuenbürg e.V. kann mittlerweile auf eine sehr erfolgreiche Veranstaltungsgeschichte zurückblicken.

Aufgrund von § 14 Abs. 1 des Ladenschlussgesetzes vom 28.11.1956 (Bundesgesetzblatt I, Seite 875) in der derzeit geltenden Fassung kann der Gemeinderat eine Rechtsverordnung für den verkaufsoffenen Sonntag erlassen.

Anlässlich der Enzia 2018 dürfen dann alle Verkaufsstellen im Gewerbegebiet „Wilhelmshöhe“ am 22.04.2018 in der Zeit von 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet sein.

Ohne Diskussion ergeht der

einstimmige Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Rechtsverordnung der Stadt Neuenbürg über die Offenhaltung von Verkaufsstellen anlässlich der „Enzia“ im Gewerbegebiet „Wilhelmshöhe“ am Sonntag, dem 22. April 2018.

Niederschrift über die	Verhandelt am: 14. November 2017 Vorsitzender: Bürgermeister Horst Martin Schriftführerin: StK Häußermann	Seite 260
öffentliche Verhandlung des	Normalzahl: 23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied Abwesend: StR Kreis	
Gemeinderats	Außerdem anwesend: Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 11

Fahrzeugbeschaffung für den städtischen Bauhof; Vergabebeschluss eines Beschaffungsauftrages für einen Holder C250

Drucksache Nr. 142/2017

Der derzeit im Bauhof betriebene Kommunaltraktor Holder C242, Bj. 2007, soll ersetzt werden.

Das Fahrzeug weist in letzter Zeit vermehrt Reparaturen an Motor und Hydraulikaggregat auf und es stünden weitere Instandsetzungen an.

Von der Herstellerfirma wurde ein Modellwechsel durchgeführt, so dass der vorhandene Aufbaustreuer leider nicht auf den neuen Kommunaltraktor umgerüstet werden kann. In diesem Zuge kommt ein hydraulisch und wegeabhängig gesteuertes Gerät zum Einsatz.

Die Anschaffungskosten liegen bei 101.200,- Euro brutto.
Ein Vergleichsangebot beläuft sich auch 102.649,40 Euro.
Mittel sind im Haushalt 2017 noch in Höhe von rd. 123.000 € für Ersatzbeschaffungen vorhanden.

Herr Stadtrat Gerwig möchte wissen, wieviel Angebote eingeholt worden sind.

Herr Bau-Ing. Kraft informiert, dass zwei Angebote eingeholt wurden. Dies ist für Herrn Gerwig zu wenig, er wünscht sich mind. 4 Angebote.

Herr Bau-Ing. Kraft erwidert, dass weitere Angebote keinen Sinn machen würden. Man hätte bei der Gebietsvertretung nachgefragt, die Angebote stammen direkt vom Hersteller. Angebote aus dem Osten einzuholen hält er für den falschen Weg. Der Weg sei bei Reklamationen viel zu weit.

Es ergeht der

einstimmige Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Anschaffung eines Holder C250 bei der Firma Landmaschinen Kälber in Wilferdingen.

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderats	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 261
	Vorsitzender:	Bürgermeister Horst Martin	
	Schriftführerin:	StK Häußermann	
	Normalzahl:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied	
	Abwesend:	StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 12

Bekanntgabe von nicht-öffentlich gefassten Beschlüssen

Herr Bürgermeister Martin gibt bekannt, dass verschiedene Grundstückskaufverträge im Bereich Gewerbegebiet Wilhelmshöhe II vollzogen wurden.

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des Gemeinderats	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 262
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied StR Kreisz	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 13

Anerkennung der Niederschrift der Sitzung des Gemeinderats vom 17.10.2017

Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 17.10.2017 lag vor und während der Sitzung zur Einsichtnahme aus. Als Unterzeichner der Sitzung waren Frau Stadträtin Winter und Herr Stadtrat Klarmann vorgesehen.

Die Niederschrift wurde unterzeichnet. Einwendungen wurden keine erhoben.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 263
öffentliche Verhandlung des	Vorsitzender:	Bürgermeister Horst Martin	
	Schriftführerin:	StK Häußermann	
Gemeinderats	Normalzahl:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied	
	Abwesend:	StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 14

Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

Niederschrift über die	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 264
öffentliche Verhandlung des	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
Gemeinderats	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

§ 15

Fragen der Stadträte

a) Ehemaliger Pfannkuch

Frau Stadträtin Danigel erkundigt sich nach dem Sachstand zum Ausbau des ehemaligen Pfannkuchs im Unterwässerweg.

Herr Dipl.-Ing. Knobelspies erwidert, dass die Maßnahmen begonnen wurden. Die Trockenbauwände werden gegenwärtig eingebaut, sodass die Diakonie den geplanten Termin zur Eröffnung des Begegnungskaffees und des Laden nach Tafelprinzip halten kann. Leider sei durch die Handwerker und deren Unzuverlässigkeit zeitlich nun ein gewisser Verzug entstanden.

b) Unterführung Südbahnhof

Herr Stadtrat Dr. Sönmez spricht die Unterführung beim Südbahnhof an. Er hätte hier schlimme Berichte zugetragen bekommen. Die Unterführung würde sich in einem äußerst unansehnlichen Zustand befinden.

Herr Stadtrat Brunner teilt mit, dass eine Putzaktion mit Dampfstrahler durchgeführt worden sei. Es wäre jetzt zwar sauberer, würde aber immer noch extrem riechen. Er schlägt vor, die Unterführung zu schließen.

Herr Bürgermeister Martin gibt zu bedenken, dass eine Schließung sehr teuer werden würde. Eine Überquerung würde aufgrund der Verkehrssicherungspflichten zwischen 60.000 - 80.000 Euro kosten. Hier wäre regelmäßiges Reinigen zunächst vorzuziehen.

Frau Stadträtin Bohn ergänzt, dass auch eine zunehmende Vermüllung in diesem Bereich auftritt.

Herr Bauhofleiter Hesse stimmt zu, dass in diesem Bereich verheerende Zustände herrschen. Der Bauhof würde die Sachlage nicht in den Griff bekommen.

Herr Bürgermeister Martin ergänzt, dass Müll aktuell ein Phänomen sei. Die Verwaltung wird die Kosten für die Schließung ermitteln, dann könne über weitere Lösungsmöglichkeiten entschieden werden. Den Müll und die Pinkler würde man jedoch nicht los, das Problem würde nur an eine andere Stelle verlagert.

Niederschrift über die öffentliche Verhandlung des	Verhandelt am:	14. November 2017	Seite 265
	Vorsitzender: Schriftführerin:	Bürgermeister Horst Martin StK Häußermann	
Gemeinderats	Normalzahl: Abwesend:	23; anwesend: 22, abwesend: 1 Mitglied StR Kreis	
	Außerdem anwesend:	Dipl.-Ing. Knobelspies, Bau-Ing. Kraft	
		Beginn: 18.34 Uhr Ende: 20.55 Uhr	

c) Sirenenübung

Herr Stadtrat Weber erkundigt sich nach der Sirenenübung in den vergangenen Tagen und warum dies nicht in Neuenbürg durchgeführt wurde.

Herr Dipl.-Ing. Knobelspies antwortet, dass die Sirenen nicht an den Brandschutz gekoppelt und nicht aufgeschaltet sind. Die Sirenen wären nicht für die Brandalarmierung notwendig sondern nur für den Katastrophenschutz. Die Sirenenübung bezog sich auf die Brandalarmierung.